Finanzlage der GKV und Zukunftsaussichten für den Heilmittelbereich

Erschienen am 05.03.2026

Pressemitteilung des IFK

Fast jede zweite Krankenkasse hat zum Jahreswechsel ihre Beiträge erhöht; im Schnitt liegt der Beitragssatz aktuell bei 17,5 Prozent. Mit Spannung werden daher die ersten Ergebnisse der FinanzKommission Gesundheit erwartet, die Ende März vorliegen und maßgebliche Kostentreiber und Ineffizienzen aufdecken sollen. Der Bundesverband deutscher Physiotherapeuten – IFK e. V. mahnt, die Finanzsituation nicht mit Instrumenten lösen zu wollen, die schon vor Jahrzehnten nicht funktioniert haben. Stattdessen muss die interprofessionelle und sektorenübergreifende Zusammenarbeit optimiert werden – und das mit Gesetzesanpassungen, die verbindliche Regelungen für die verschiedenen Leistungserbringer vorschreiben.

Die GKV befindet sich aktuell in einer schweren, andauernden Krise, weil sie immer höhere Ausgaben stemmen muss. Die Stimmen nach gesetzlichen Regelungen wie einem Ausgabenmoratorium oder der Rückkehr zur Grundlohnsummenbindung werden immer lauter. Im Sofortprogramm der Techniker Krankenkasse (TK) von September 2025 heißt es beispielsweise, die im Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) beschlossene dauerhafte Abschaffung der Grundlohnsummenbindung bei Kassenverhandlungen habe nicht zu höheren Gehältern in den Physiotherapiepraxen geführt – der erwünschte Effekt sei also ausgeblieben. Ute Repschläger, Vorstandsvorsitzende des IFK, stuft eine Rückkehr zu diesem Instrument als immensen Rückschritt für den Heilmittelbereich ein: „Dieser Ansatz ist ein Relikt aus den 80er-Jahren und wir alle wissen, dass die Grundlohnsummenbindung verantwortlich dafür war, dass sich die Gehälter im Heilmittelbereich deutlich schlechter entwickelt haben als der Durchschnitt. Veränderungen sind richtig und wichtig, aber nicht mit Instrumenten, die schon vor Jahrzehnten nicht funktioniert haben.“ De facto würde diese Rückkehr eine Reihe an schwerwiegenden Folgen nach sich ziehen. Der Fachkräftemangel würde weiter vorangetrieben und in der Folge zu noch größeren Versorgungslücken führen. Kurzfristig resultieren daraus noch längere Wartezeiten auf Patientenseite, langfristig belastet dies das gesamte Gesundheitssystem. Denn kommt es zu einer physiotherapeutischen Unterversorgung, könnte dies dazu führen, dass gesundheitliche Beschwerden nicht oder zu spät therapiert werden und zum Beispiel durch chirurgische Eingriffe, die meist kostenintensiver und riskanter sind, behoben werden müssen.

Auch Leistungskürzungen als Sparmaßnahmen werden zurzeit immer wieder ins Gespräch gebracht, hätten jedoch ähnliche Folgen wie oben skizziert. Die Versorgung bestimmter Patientengruppen würde erschwert und der Behandlungserfolg gefährdet, wenn Leistungen wegfallen oder Therapiezeiten beziehungsweise Behandlungseinheiten gekürzt werden. „Nehmen wir als Beispiel den Kreuzbandriss, der in der Regel operativ durch eine Kreuzbandplastik und anschließend durch einen mehrstufigen Prozess mit Physiotherapie behandelt wird, um die volle Funktionsfähigkeit wiederzuerlangen. Fallen Behandlungseinheiten aus oder werden gekürzt, leidet die engmaschige Betreuung und der Muskelaufbau. Das Risiko eines erneuten Risses steigt, die frühzeitige Entstehung von Arthrose droht und somit natürlich auch die Gefahr von chronischen Schmerzen. Dieser Leidensprozess hat nicht nur Krankschreibungen zur Folge, sondern auch weitere Kosten durch Operationen, Schmerzmittel und Ausfallzeiten," verdeutlicht Repschläger, die selbst praktizierende Physiotherapeutin ist. Kurz gesagt: Spart man an dieser Stelle, steigen die Kosten an anderer Stelle. Zudem hätten Kürzungen unmittelbare Auswirkungen auf das Ansehen und Selbstverständnis der Physiotherapie, da die dann gelebte physiotherapeutische Arbeit nicht mehr den eigentlichen Kompetenzen entspricht. Das kommt einer Abwertung des Berufsbildes gleich.

Strukturierte Modernisierung, interprofessionelle Zusammenarbeit und gesetzliche Weichenstellungen für eine zukunftsfeste Versorgung

„Um unsere Versorgung zukunftsfest zu machen, muss sie umstrukturiert und modernisiert werden", drängt IFK-Vorstandsvorsitzende Repschläger. „Es ist nicht so, dass wir bei null anfangen müssen. Unser oberstes Ziel sollte sein, die vorhandenen Ressourcen umzuverteilen und besser zu nutzen. Eine Stellschraube stellt hier die interprofessionelle und sektorenübergreifende Zusammenarbeit dar." Optimierte, berufsübergreifende Prozesse verbessern nachweislich die Qualität und senken Kosten. Ein besserer Informationsaustausch ermöglicht es, relevante Daten schneller zu teilen, Behandlungsziele abzustimmen und Maßnahmen enger zu verzahnen. Hierfür braucht es Gesetzesanpassungen, die verbindliche Regelungen für die verschiedenen Leistungserbringer vorschreiben. Auch die Befugniserweiterung, zum Beispiel durch die Einführung des Direktzugangs oder die Erweiterung der Verordnungserlaubnis auf die Heilmittelerbringer, würden zu einer effizienteren Nutzung der vorhandenen Ressourcen führen, da Patienten ohne Umwege über Hausärzte oder andere Zwischenstufen die Leistungen von Physiotherapeuten in Anspruch nehmen könnten und Hausarztpraxen entlastet werden. Um die Finanzlage der GKV zeitnah zu entspannen, bevor die strukturellen Änderungen ihre volle Wirkung entfalten, muss aus Sicht des Berufsverbands auch das Thema versicherungsfremde Leistungen unbedingt angegangen werden. „Es kann nicht sein, dass es zu Leistungskürzungen für die Solidargemeinschaft der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten kommt. Wenn es um Aufgaben geht, die von gesamtgesellschaftlichem Interesse sind, muss der Staat diese selbst finanzieren und darf sie nicht von den Beitragszahlenden mitfinanzieren lassen," kritisiert Repschläger. Der IFK als Mitglied des Spitzenverbands der Heilmittelverbände e. V. (SHV) fordert daher, diese Leistungen zu 100 Prozent über den Staat finanzieren zu lassen.

Diese Vorschläge finden sich auch im Fragebogen wieder, den der IFK mit dem SHV bei der FinanzKommission Gesundheit eingereicht hat. Der Fragebogen wurde unter anderem an die Heilmittelverbände und die GKV mit dem Ziel verschickt, Einsparpotenzial aufzudecken. „Alle Leistungserbringer – auch wir Physiotherapeuten – sollten bei den anstehenden Veränderungen und uns betreffenden Themen mitreden, mitgestalten und unsere Expertise einbringen dürfen, um jetzt gemeinsam mit der Politik und gleichberechtigt zu anderen Akteuren im Gesundheitswesen den Grundstein dafür zu setzen, dass die Versorgung von morgen gut gelingen kann", appelliert Repschläger.